

An die
bayerischen Abgeordneten im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Zusätzliche Bürokratie zulasten der Patientinnen und Patienten verhindern

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
die Regierungsfractionen haben kürzlich einen fachfremden Änderungsantrag zum Medizinforschungsgesetz eingebracht, der Fachärztinnen und -ärzte in den Krankenhäusern künftig verpflichtet, ihre in den einzelnen Leistungsgruppen aufgewandte Arbeitszeit minutiös zu dokumentieren und quartalsweise darüber zu berichten. Ärztinnen und Ärzte müssten ihre Zeitangaben künftig prüfsicher festhalten, damit diese in jedem Quartal dem Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) gemeldet werden können. In der Konsequenz käme zu den bereits heute umfangreichen Bürokratielasten eine erhebliche Belastung für das medizinische Personal in den Kliniken hinzu.

Zu unserem Bedauern und Unverständnis müssen wir feststellen, dass viele Gesetzesänderungen aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) mit einem enormen Bürokratieaufwuchs in den Krankenhäusern verbunden sind. Dadurch geht wertvolle Zeit für die ärztliche und pflegerische Versorgung der Patientinnen und Patienten verloren. Zudem steigt angesichts des Fachkräftemangels das Risiko für Personalengpässe.

Wir, die Bayerische Landesärztekammer sowie die Bayerische Krankenhausgesellschaft, appellieren daher an Sie, auf zusätzliche Bürokratielasten zu verzichten und den vorliegenden Änderungsantrag abzulehnen. Konkret bedeuten die vorgesehenen Änderungen, dass beispielsweise für eine Orthopädin oder einen Orthopäden, die oder der bisher der orthopädischen Abteilung zugeordnet ist, die tägliche Arbeitszeit minutengenau mit Verweis dokumentiert werden muss. Auf dieser Basis kann dann eine prüfgenaue Zuordnung zu den einzelnen Leistungsgruppen erfolgen. Nicht anders stellen sich die bürokratischen Anforderungen unter anderem in der Kardiologie, der Viszeralchirurgie und der Neurologie dar.

Damit sind rund drei Viertel der in den Krankenhäusern stationär behandelten Fälle direkt von diesem massiven Bürokratieschub betroffen. Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und hochgradig irritierend, dass die vorgenannten Anforderungen plötzlich vonseiten des BMG ohne inhaltlichen Kontext erhoben werden, obwohl sie bereits im Rahmen des Krankenhaustransparenzgesetzes als praxisfern und übertrieben verworfen worden sind.

Bitte lassen Sie als Abgeordnete nicht zu, dass durch noch mehr Bürokratie die Qualität der Patientenversorgung leidet und das medizinische Personal demotiviert wird. Schon jetzt müssen viele Ärztinnen und Ärzte drei bis vier Stunden am Tag für Dokumentationspflichten und Bürokratie aufwenden.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und stehen gerne zum Austausch bereit.